

14/18

Die Schweiz und der Grosse Krieg

Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.)

HIER UND JETZT

Inhalt

Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury Vorwort und Dank	6	Roman Rossfeld «Rechte hat nur, wer Kraft hat..» Anmerkungen zur Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg	144
Jakob Tanner Die Schweiz im Grossen Krieg Plädoyer für eine transnationale Geschichte	8	Peter Moser Mehr als eine Übergangszeit Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs	172
TEIL I KRIEG! MOBILISIERUNG, GRENZBESETZUNG UND NATIONALE KOHÄSION	18	Heidi Witzig Krieg! – Krieg? Kriegsaltag und Kriegserleben einer Familie aus dem Basler Bildungsbürgertum	200
Rudolf Jaun «Meuterei am Gotthard» Die Schweizer Armee zwischen preussisch- deutschem Erziehungsdrill und sozialistischer Skandalisierung	20	TEIL III NEUTRALITÄT, HUMANITÄRE DIPLOMATIE UND ÜBERFREMDUNGSSANGST	212
Oliver Schneider Diktatur der Bürokratie? Das Vollmachtenregime des Bundesrats im Ersten Weltkrieg	48	Carlo Moos Schweizer Neutralität(en) zur Zeit des Ersten Weltkriegs Von der schwierigen Umsetzung eines umstrittenen Konzepts	214
Alexandre Elsig Zwischen Zwiétracht und Eintracht Propaganda als Bewährungsprobe für die nationale Kohäsion	72	Cédric Cotter, Irène Herrmann Hilfe zum Selbstschutz Die Schweiz und ihre humanitären Werke	240
Alain Clavien Schweizer Intellektuelle und der Grosse Krieg Ein wortgewaltiges Engagement	102	Thomas Bürgisser Menschlichkeit aus Staatsräson Die Internierung ausländischer Kriegsgefangener in der Schweiz im Ersten Weltkrieg	266
TEIL II LANDESVERSORGUNG, KRIEGSWIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSKRIEG	124	Patrick Kury Der Erste Weltkrieg als Wendepunkt in der Ausländerpolitik Von der Freizügigkeit zu Kontrolle und Abwehr	290
Serge Paquier Auswirkungen der Energieabhängigkeit Die Kohlekrise als Chance für den Ausbau der Wasserwirtschaft	126		

TEIL IV

144	STREIK! WACHSENDE NOT, LANDESSTREIK UND ERINNERUNGSKULTUR	314
172	Elisabeth Joris, Beatrice Schumacher Helfen macht stark Dynamik im Wechselspiel von privater Fürsorge und staatlichem Sozialwesen	316
200	Thomas Buomberger Kampfrhetorik, Revolutionsangst und Bürgerwehren Der Landesstreik vom November 1918	336
212	Konrad J. Kuhn, Béatrice Ziegler Eine vergessene Zeit? Zur geschichtskulturellen Präsenz des Ersten Weltkriegs in der Schweiz	366
214	Bibliografie	388
240	Bildnachweis	400
266	Autorinnen und Autoren	405
290		

Mehr als eine Übergangszeit

Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs

Peter Moser

110

No. 20. 48. Jahrgang.

Süricht, den 19. Mai 1917.

Einzelnummer 30 Cts.

Neubelpalter

Preis: 50 Pfennige
Zugabe: 10 Cts.
Zustellung: 10 Pf.
Spezial: 600

Beim Abdruck: 3 Monate 50,- 2.00
bei 6 Monaten 100,- 4.00
bei 12 Monaten 200,- 8.00
ist wie gewöhnlich ein Dokument
alle Rechte vorbehalten.

Humoristisch-fatyrische Wochenchrift

Der verschärfte Hungerkrieg



In Zukunft werden die Neutralen nicht einmal mehr das feine Jo arg zernagte Hungertuch erleben können.

Kaum ein anderer Bereich des Alltagslebens war vom Ausbruch des Weltkriegs so betroffen wie die Ernährung.¹ Die Globalisierung hatte den meisten Menschen in Europa seit den 1860er-/1870er-Jahren zu einem relativ gut gedeckten Tisch verholfen. Mit der abrupten Schliessung der Grenzen Anfang August 1914 stellte sich die Frage, wie die Ernährung der Bevölkerung im Inland künftig zu organisieren sei. Niemand wusste, für wie lange der internationale Handel nicht funktionieren würde, und mit dem Ausbruch des Kriegs stellte sich die Frage, ob die auf die Nachfrage auf den Weltmärkten ausgerichtete Agrarproduktion künftig auf die Befriedigung der Bedürfnisse im Inland umgestellt und damit in ihrer Grundstruktur radikal verändert werden musste. Relativ lange verfolgten die Akteure ihre bisherigen, auf das Funktionieren des internationalen Handels ausgerichteten Strategien. Doch mit dem 1915 einsetzenden Rückgang der Importe erodierte die Grundlage dieser Politik. Nachdem es bei den Produktions- und Lebensmitteln zu Versorgungspässen kam, wurde die Ernährungs- und Agrarpolitik bis in den Sommer 1918 zu einem der innenpolitisch umstrittensten Bereiche. Gleichzeitig begann ein Teil der

Produzenten und Konsumenten in der zweiten Hälfte des Kriegs die Ernährungsfrage anders als bisher zu denken und gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen. Aufwind erhielten diese Bestrebungen, als die Getreideimporte 1917 ernsthaft ins Stocken gerieten; als Alternative zur Konfrontationspolitik wurden sie in der Öffentlichkeit allerdings erst im Sommer 1918 zur Kenntnis genommen.

Der Weltkrieg hatte Auswirkungen, die sowohl das Denken wie das Handeln der Menschen weit über die Dauer des Kriegs hinaus beeinflussten. Die im Krieg als «Staatsdomäne» imaginierte Landwirtschaft wurde danach in einen vom Kollektiv der «bäuerlichen Bevölkerung» im Auftrag des Bundes betriebenen «Bundeshof» verwandelt, der in Form eines *Service public* einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungsicherung leisten sollte. Die neue Ernährungsordnung unterschied sich demnach signifikant von derjenigen in der Vorkriegszeit, obwohl sie beispielsweise die transnationalen Beziehungen im Wissens- und Warenaustausch weitgehend zu integrieren vermochte. Auch zentrale Aspekte der neuen Ordnung hatten ihre «Wurzeln in der Vorkriegszeit».²

110

Die Menschen in den neutralen Ländern blieben zwar vom Krieg, nicht aber vom Mangel verschont. Karikatur aus dem «Nebenspalter» vom 19. Mai 1917 gegen den seit dem Kriegseintritt der USA noch einmal deutlich verschärften «Hungerkrieg».

Vor dem Krieg bekämpften sich Käsehändler, Milchproduzenten und Konsumvereine noch in sogenannten Milchkriegen. Nach der Mobilmachung schlossen sie sich im August 1914 in der Genossenschaft Schweizerischer Käseexportfirmen zur Regelung der Exporte und zur Sicherstellung der Inlandversorgung zusammen.

Globalisierung der Ernährung

Ernährungspolitisch betrachtet war kaum ein Land so schlecht auf einen Krieg vorbereitet wie die Schweiz. Weil der Anbau von Brotgetreide seit der Transportrevolution in den 1860er- und 1870er-Jahren an den Rand gedrängt wurde und die Bevölkerung in den urbanen Zentren gleichzeitig stark wuchs, mussten schon vor dem Krieg 85 Prozent des Bedarfs an Brotgetreide importiert werden. Die Ackerfläche pro Kopf war in keinem anderen Land Europas so gering wie in der Schweiz, welche die Ernährungssicherung ihrer Bevölkerung in dem halben Jahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend auf die Kaufkraft ihrer Konsumenten und das Funktionieren des internationalen Handels ausgerichtet hatte.

Die in den 1860er-/1870er-Jahren einsetzende Globalisierung des Handels mit Nahrungsmitteln führte nicht nur zu tiefgreifenden Veränderungen der Landwirtschaft und damit auch der Landschaft, sondern gleichzeitig zu einer umfangreicheren und – vorübergehend – auch sichereren Versorgung mit Lebensmitteln. Die Zunahme der Tierhaltung im Inland und das Wachstum des internationalen Handels mit Agrargütern machten es möglich, die wachsende Bevölkerung quantitativ genügend und erst noch mit immer mehr Nahrungsmitteln tierischer Herkunft zu versorgen.

Mit der Verbesserung des Nahrungsmittelangebots vergrösserte sich auch die soziale, räumliche und kulturelle Distanz zwischen den Produzenten und Konsumenten. Ertere wussten immer weniger, was aus ihren Produkten gemacht wurde, und letztere hatten kaum mehr eine Ahnung, wo und unter welchen Bedingungen ihre tägliche Nahrung produziert worden war. Darin unterschieden sich die Schweizer Käse essenden Mitglieder der US-amerikanischen Mittelschicht kaum von der dänische Butter und irischen Speck konsumierenden Arbeiterschaft in Grossbritannien oder der bauerlichen Bevölkerung in der Innerschweiz, welche die «neuen Kartoffeln aus Italien» und die «späteren aus dem Elsass» bezog und sich ansonsten mit «russischem Brot, indischem Reis, italienischen Makkaroni und Marroni, amerikanischem Speck und Schweineschmalz und argentinischem Gefrierfleisch» ernährte.³

Die Globalisierung bescherte den auf dem Land wohnenden Konsumenten ebenso wie den städtischen mehr und billigere Nahrung, entzog ihnen jedoch gleichzeitig die Fähigkeiten zu deren qualitativer Beurteilung. Mit der Schaffung wissenschaftlich legitimer, mess- und überprüfbarer Kriterien ging die Kompetenz zur Beurteilung der Reinheit und der Qualität der Konsumwaren zunehmend an Spezialisten und Experten über. So befreite der globalisierte Handel viele Konsumenten vom Gespenst der Knappheit, machte sie aber gleichzeitig abhängig von einer meist staatlich organisierten Lebensmittelkontrolle. Diese schuf für Inspektoren und Experten in Laboratorien, Seehäfen, Schlachthöfen und Kühlhäusern eine Vielfalt neuer Tätigkeitsfelder, ähnlich wie dies im agrarischen Produktions- und Bildungsbereich für Agronomen der Fall war.

So entschärfte die erste Welle der Globalisierung die Versorgungsfrage und verhalf gleichzeitig den Überlegungen zum Nährwert, zur Qualität und zu den (messbaren) Auswirkungen des Konsums auf den menschlichen Körper zu einer Dringlichkeit, zu der sich eine Vielfalt von Akteuren aus der Wissenschaft, der Industrie, des Handels, der Verwaltung und der agrarischen Praxis äusserte. Vor dem Ersten Weltkrieg war alles andere als klar, was genau Nahrungsmittel waren, wie viel sie kosten durften, wo sie am sinnvollsten produziert wurden und wer letztlich dafür zuständig war, dass nicht nur alle «genügend», sondern auch «gutes» und «reines» Essen zur Verfügung hatten.

Bei der Formulierung von Antworten auf diese Fragen spielten die sich organisatorisch vielfach in Genossenschaften zusammenschliessenden Produzenten und Konsumenten eine wichtige Rolle. Aber sie waren nicht die einzigen Akteure, die ihre teilweise identischen, teilweise konkurrierenden Anliegen durchzusetzen versuchten. Produzenten und Konsumenten waren vielmehr Teil einer Heerschar von Wissenschaftlern, Beamten, Verbandsfunktionären und Politikern, die in der Regel als Experten und Sachverständige in Agrar- und Ernährungsfragen auftraten, gleichzeitig aber auch ihre eigenen Anliegen verfochten.

Statuten

der

Genossenschaft Schweizer Käseexportfirmen

in Bern.

I. Firma, Sitz, Zweck und Dauer der Genossenschaft.

§ 1.

Unter der Firma „Genossenschaft Schweizerischer Käseexportfirmen“ (G. S. K.) besteht, mit Sitz in Bern, eine Genossenschaft im Sinne der Art. 678 ff. O. R., welche den An- und Verkauf von Käse und anderer Molkeprodukte zum Zwecke hat. Die Genossenschaft dauert bis 31. August 1915.

Sie verfolgt das Ziel, die Käseproduktion der Schweiz im In- und Ausland zu einem Preise zu verwerten, welcher dem Handel einen angemessenen Verdienst, dem Käser eine gesicherte Existenz und dem Landwirt einen den Produktionskosten der Milch entsprechenden Preis sichert. Sie wird durch den Einkaufspreis des Käses auch zu verhindern suchen, daß die mittleren Milchpreise diejenigen normalen Produktionskosten übersteigen, welche sich bei landesüblichem, rationellem Betriebe und

mittleren Güterpreisen ergeben, damit die Konsumenten nicht in unbilliger Weise belastet werden.

Zur Lösung dieser Aufgaben schließt die Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen Verträge mit den Produzenten oder deren Organisationen ab und sucht den Verkauf und den Verbrauch der Produkte im Interesse aller beteiligten Kreise nach einheitlichen und volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu ordnen.

Während der Dauer des europäischen Krieges wird sie im Einverständnis mit den Produzentenorganisationen dahin wirken, daß der Milchpreis nicht erhöht wird, daß aber der Bauer, wenn er auch nicht die vollen Produktionskosten erhält, doch bei sparsamer Lebenshaltung existieren kann und nicht verarmt.

Im Laufe des Monats März 1915 werden die beteiligten Gruppen zu einer Konferenz zusammengetreten und sich über die Preisfragen zu verständigen suchen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist das Schweiz. Landwirtschaftsdepartement um seine Vermittlung anzugehen.

II. Mitgliedschaft.

§ 2.

Die Mitgliedschaft wird erworben durch schriftliche Beitrittserklärung, Uebernahme eines entsprechenden Anteils am Stammkapital gemäß § 11 hiernach und Annahme durch die Generalversammlung.

§ 3.

Die Mitgliedschaft geht, was Stimmrecht und Mitarbeit anbetrifft, verloren durch Konkurs, Ausschluss und Erlöschen der Firma eines Mitgliedes.

Dem Ausgeschiedenen, bezw. seinen Rechtsnachfolgern, stehen im übrigen nur die in § 29 hiernach

111

Ernährungslage und Ernährungsdiskussionen 1914–1916

Am 2. August 1914 dislozierte Ernst Laur, der Direktor des in Brugg (AG) domizilierten Schweizerischen Bauernverbands (SBV), nach Bern, um die Lieferungsverträge für die Nahrungsmittel mit der Armee vorzubereiten. Dabei habe er, schrieb Laur am 10. August, «mit Schrecken erkannt, dass es an einer planmässigen Vorbereitung der wirtschaftlichen Massnahmen im Kriegsfall fast vollständig gefehlt» habe. Und «das Wenige, was vorsorglich» geschehen sei, habe «mehr geschadet als genützt». Zur Korrektur der von der Armee und den Behörden am 3. August getroffenen Massnahmen wie der Schliessung der Grenzen schlug Laur vor, einen «eidgenössischen Wirtschaftsrat» einzusetzen. Dieser sollte den General und die Armeeführung beraten, die Massnahmen des Bundes begutachten sowie einen «freiwilligen Hilfsdienst» zu Stadt und Land nach einheitlichen Gesichtspunkten» durchführen. Als Leiter dieses Wirtschaftsrats schlug Laur, der auch noch als Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre an der ETH in Zürich sowie als Vorsteher des Bauernsekretariats der wissenschaftlichen Abteilung des SBV wirkte, gleich sich selber vor.

Die zu ergreifenden Massnahmen hielt Laur in einem «wirtschaftlichen Mobilmachungsplan» fest,

den er dem Bundesrat und dem General am 10. August zustellte. Zur Lösung der Ernährungsfrage im Krieg sei, so Laur, die Landwirtschaft als «Staatsdomäne» zu betrachten, welche die Aufgabe habe, «die notwendigen Lebensmittel» zu produzieren. Laur legte Wert darauf, dass die «Bewirtschaftung dieser Domäne» auch in Kriegzeiten nicht durch die Armee erfolgen könne, sondern weiterhin «fachmännisch», also durch die bürgerliche Bevölkerung durchgeführt werden müsse, damit der Bedarf von der «Domänenverwaltung», das heisst den landwirtschaftlichen Organisationen, auch wirklich gedeckt werden könne.⁵

Parallel gründete Laur in Zusammenarbeit mit dem *Verband Schweizerischer Konsumvereine* (VSK), den Käseexporteuren und den Bundesbehörden die mit umfassenden Befugnissen ausgestattete *Genossenschaft Schweizerischer Käseexportfirmen* (GSK, später als *Käseunion* bekannt). Diese kaufte mit einem Kredit der Nationalbank den Käsereien den im Jahr zuvor produzierten, für den Export bestimmten Käse ab, um ihn an die Armee und ins Ausland zu verkaufen. Durch das faktische Monopol der GSK konnte verhindert werden, dass die Preise der für den Export bestimmten Milchprodukte zusammenbrächen.

Robert Grimm, sozialdemokratischer Nationalrat und Redaktor der Berner Tagwacht, reagierte am



112

20. August auf diese Aktivitäten. In einem Zeitungsartikel warnte er die Behörden davor, den «kriegsbedingten Anliegen aller Erwerbsschichten ausser derjenigen der Arbeiterklasse» nachzukommen. Wenn die «Käseexporteure und die Agrarier Anspruch darauf» hätten, dass der Staat sie vor grossen Verlusten schütze, so hätte «den gleichen Anspruch auch die Arbeiterklasse, die aller Mittel entblosst» dastehe und «weder über Geld noch über Nahrungsmittelvorräte» verfüge. Dem Bundesrat sollte bewusst werden, «dass das Leben der Arbeiter mindestens so hoch bewertet werden müsse «wie der Profit der Agrarier».⁶

Bezeichnenderweise erhielt Grimm nicht vom Bundesrat, sondern von dem im Artikel nur indirekt angesprochenen Laur eine Antwort. Dieser schrieb Grimm in einem persönlichen Brief, dass er bei seinen kriegswirtschaftlichen Aktivitäten von fünf Grundätzen ausgegangen sei: *Erstens*, dass die Produktion der Landwirtschaft intakt gehalten und «den Bedürfnissen des Landes» angepasst werden müsse. *Zweitens*, dass ein «rücksichtsloser Zwischenhandel», der aus der «Not der Produzenten und dem Mangel der Konsumenten Gewinne ziehen» könne, verhindert werden müsse. *Drittens*, dass allen «Preistreiberien entgegengetreten und eine Organisation» geschaffen werden müsse, um zu verhindern, dass die Preisschwankungen des Weltmarktes, insbesondere die Hausse-Bewegungen, sich auf den Schweizer Markt übertragen könnten. *Viertens*, dass die Öffentlichkeit für diejenigen Konsumenten, welche sich die nötigen Waren nicht leisten könnten,

«durch Naturalabgabe der Lebensmittel sorgen» müsse. Es wäre verkehrt, argumentierte Laur, «die Preise den Einkommensverhältnissen dieser Ärmsten anzupassen» und so die vermögenden Konsumenten auf Kosten der Produzenten zu begünstigen. *Fünftens* müsse eine «neue Organisation der Arbeit geschaffen werden, damit während des Krieges» keine Hand mühsig sein werde. Ein Hilfsmittel dazu erblickte er «in der Einführung grosser Staats- und Gemeindefabriken». Laur teilte Grimm zudem mit, dass er mit dem VSK Fühlung genommen habe. Zugleich bat er Grimm, «mit einem verwerfenden Urteil noch etwas zurückzuhalten». Er hoffe, dass «die Sache» in 8 bis 14 Tagen soweit gediehen sei, dass «der Öffentlichkeit die notwendigen Mitteilungen gemacht» werden könnten.⁷

Mit dem Vorschlag, «dass die Gestaltung des Inlandmarktes» möglichst unabhängig «von den Schwankungen des Weltmarktes» vorzunehmen sei, war Grimm einverstanden. Auch die Hilfe bei der Beschaffung von Notstandsarbeiten hiess er willkommen. Weil «der Konsument» jedoch nicht imstande sei, die geltenden Preise für Nahrungsmittel zu bezahlen, müssten die Produzentenpreise «der vorhandenen Kaufkraft» im Inland angepasst werden.⁸ Seine Forde-

112

Robert Grimm an einer Kundgebung in Winterthur 1917. Demonstrationen gegen die wachsende Teuerung waren für die organisierte Arbeiterschaft ein wichtiges Mittel, um sich Gehör zu verschaffen.

176

Moser, Ernährung



— Autrefois, fournisseur des pauvres
— Aujourd'hui... le dieu des riches.

113

Karikatur zur wachsenden Teuerung und zum zunehmenden Nahrungsmittelmangel aus der Westschweizer Satirezeitschrift «L'Arbalète» vom 15. September 1917.

zung nach einer unmittelbaren Senkung «der Produzentenpreise» rechtfertigte Grimm mit dem «Überangebot» auf dem Markt, das infolge des Einbruchs der Exporte nun im Inland herrsche. Im Namen der «Gerechtigkeit» und streng der Logik der Kaufkraft auf den Märkten folgend verlangte Grimm im August 1914 im Lebensmittelbereich eine Abbaupolitik. Habe «die Arbeiterschaft Opfer zu bringen, so die Landwirtschaft nicht minder», erst dadurch werde «die in dieser furchtbaren Zeit so notwendige Volkssolidarität geschaffen». Laur hingegen hielt nichts von dieser Strategie. Durch eine solche Abbaupolitik würden nach «den Ärmsten» nur auch noch «die Produzenten» verarmen – und somit die Produktion von Nahrungsmitteln erst recht gefährdet statt gefördert.

Eine Woche bevor Grimms Artikel erschien, hatte Laur dem Verband Schweizerischer Konsumvereine vorgeschlagen, eine Verständigung zwischen Produzenten und Konsumenten zu suchen und ein gemeinsames Vorgehen ins Auge zu fassen. Der von prominenten Sozialdemokraten wie Bernhard Jaeggi geleitete VSK reagierte positiv, trat der Käseunion bei und stellte sich im September auch gegen die Forderung, in der Schweiz wie in den Krieg führenden Staaten die Zölle auf Nahrungsmittelimporten aufzuheben. Für die im Inland erzeugte Milch und Milchprodukte wurden Höchstpreise festgelegt, sodass bis 1916 der Konsumentenpreis für Milch trotz stark zunehmender Nachfrage nur von 24 auf 26 Rappen stieg.

Probleme grundsätzlicher Art verursachte der 1915 einsetzende Rückgang der Futtermittelimporte, basierte die Milchproduktion doch zu einem wesentlichen Teil auf der Verfütterung von Kraftfutter aus dem Ausland. Die Verschlechterung der Futtergrundlage wirkte sich schon im Winter 1915/16 dämpfend auf die Milchproduktion aus. Einen negativen Einfluss auf

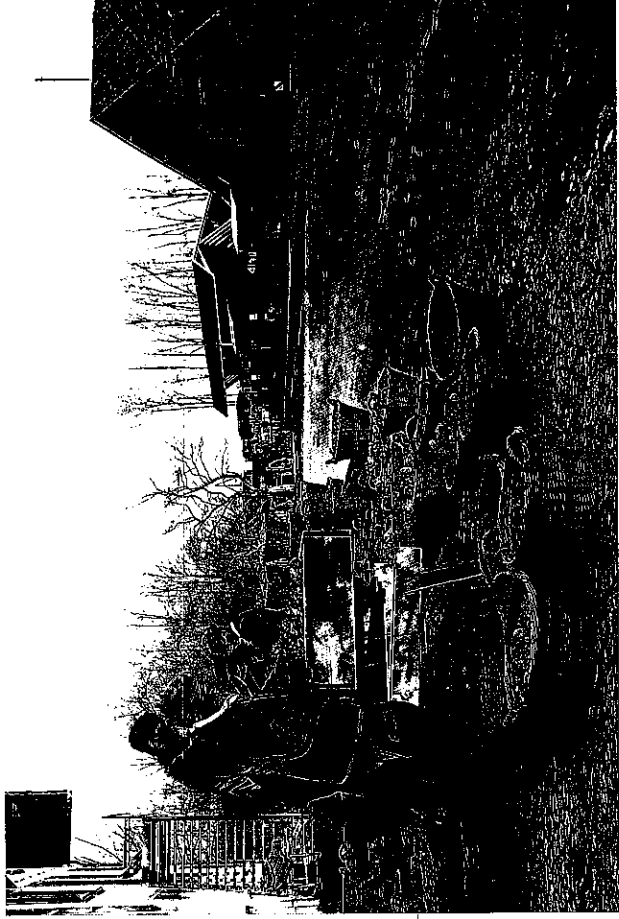
113

die Nahrungs- und Futtermittelversorgung hatte dann auch die wetterbedingt schlechte Ernte im Sommer und Herbst 1916. Im Winter 1916/17 fehlten den Konsumenten Kartoffeln, den Produzenten Kraftfutter und qualitativ gutes Heu zur Fütterung der nicht nur Milch und Fleisch produzierenden Kühe; diese hatten auch Zugsarbeit zu leisten, lieferten wichtige Nebenprodukte wie Häute und Knochen und machten jetzt vielerorts eine eigentliche «Hungerkur» durch.

Verstärkt wurde der Druck auf die Nahrungs- und Futtermittelversorgung durch den Ausbruch des unbeschränkten U-Bootkriegs und den Kriegseintritt der USA im Februar beziehungsweise April 1917, die eine Rationierung der Getreideexporte an neutrale Länder sowie eine massive Verteuerung der Frachtkosten zur Folge hatten. 1917 konnte die Schweiz nur noch halb so viele Nahrungsmittel einführen wie vor dem Krieg. Die massive Verteuerung der Schifftransporte hatte auch negative Auswirkungen auf die Exporte von Milchprodukten, die für die Quersubventionierung der Konsumentenpreise für Milch bisher so wichtig waren. So verschlechterte sich die Ernährungslage 1916/17 sowohl in quantitativer wie auch in monetärer Hinsicht.

Mit dem Rückgang der amerikanischen Getreideimporte, die im Januar 1917 ihren Höchststand erreicht

177



114

hatten, brach die Hauptstütze der im Herbst 1914 unter der Führung von Ernst Laur etablierten Ernährungsordnung ein. Der jetzt auch physisch spürbar werdende Mangel machte es unumgänglich, die Produktion anstelle des Handels ins Zentrum zu rücken. Zwar hatte man schon 1914/15 mit der Urbarisierung von Öd- und Sumpfland begonnen, doch diese Meliorationen wirkten sich noch kaum auf das Volumen der Nahrungsmittel aus. Um eine Ausdehnung der in den Städten immer wichtiger werdenden, auf dem Land aber immer schwieriger zu realisierenden Milchproduktion zu erreichen, übertrug der Bundesrat die Verantwortung für die Trinkmilchversorgung im März 1916 dem *Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM)*.

Obwohl der ZVSM über die Einbindung in die Käseunion schon bisher parastaatliche Funktionen ausgeübt hatte, wurde der 1907 als Dachorganisation der regionalen Milchverbände gegründete Verband doch überrascht, als er quasi über Nacht zu einer Behörde wurde. Viele innerhalb des ZVSM erschrakten über die neuen, ungeahnten Aufgaben. Insgesamt erblickte man darin aber auch Chancen, obwohl bereits absehbar war, dass es in Zukunft vor allem darum gehen würde, einen Mangel zu verwalten sowie Anliegen und Forderungen abzulehnen, statt wie bisher Produkte zu exportieren, Konsumentenpreise zu stabilisieren und mit den Gewinnen der Exporte die steigenden Produktionskosten der Milchproduzenten zu decken.

Mit der Übertragung der Verantwortung für die auch symbolisch immer wichtiger werdende Trinkmilchversorgung wurde der ZVSM zur bevorzugten Zielscheibe jeglicher Kritik an der behördlich-verbands-

lichen Versorgungspolitik. Weil der ZVSM den Milchpreis trotz der laufenden Verteuerung der Produktionsmittel tief halten musste, wurde der Dachverband zuerst vor allem von seiner eigenen Basis kritisiert. Wegen die neuen, hoheitlichen Machtbefugnisse die Schwierigkeiten im Umgang mit unzufriedenen Milchproduzenten noch in etwa auf, so stand man der vor allem in der sozialistischen Presse unablässig geäußerten Kritik an einer mangelhaften und zu teuren Versorgung weitgehend hilflos gegenüber.

Für die politisch immer noch weitgehend ohnmächtigen Sozialdemokraten beinhaltete die Defensive, in welche die Produzentenvertreter mit der Übernahme der Verantwortung für die Trinkmilchversorgung gerieten, eine grosse Chance. Die politische Hebelwirkung, welche die Ernährungsfrage damit erhielt, erkannte keiner klarer als Robert Grimm, der schon im August 1914 versucht hatte, die komplexe Ernährungsfrage auf einen einfachen Gegensatz von Produzenten und Konsumenten zu reduzieren, damals aber damit noch kaum eine politische Wirkung erzielen konnte. Das war nun ganz anders, wie die Marktdemonstrationen der sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereine im Juli 1916 zeigten.

114

Erlesen von Kartoffeln im Landwirtschaftsbetrieb der Anstalten Witzwil 1916. Bis zur Kriegsmitte wurden kleine Kartoffeln den Schweinen verfüttert und in den bäuerlichen Haushalten verwendet, danach waren sie auch auf den städtischen Lebensmittelmärkten gefragt.

178

Moser, Ernährung

3 3 8 / 3 4 3 - Z 1

EM. 2.

Männer und Frauen der Arbeit

Lebensmittel-Preistabelle

am Donnerstag, den 27. Juli 1916, abends 8 Uhr
im Volkshaus, großer Saal.

Einladung

Herrn Frau Reichblut, Sachliche, Preisermittlung im Zürich,
Stadt, Kanton des, Volkswahl.

Lebensmittel-Preistabelle! Sie können verhindern, dass die Lebensmittelpreise gegen die Arbeiter durch die Inflation, insbesondere durch die steigende Nachfrage in der ganzen Schweiz, immer mehr ansteigen und die Arbeiter dazu zwingen, ihre Familien zu ernähren. Ein Preis- und Konsumantenrat hat sich gebildet, um die Arbeiter zu unterstützen und die Lebensmittelpreise zu senken. Sie können die Arbeiter zu unterstützen und die Lebensmittelpreise zu senken. Sie können die Arbeiter zu unterstützen und die Lebensmittelpreise zu senken. Sie können die Arbeiter zu unterstützen und die Lebensmittelpreise zu senken.

Denkmal der Stadt Zürich
Kommunistische Partei der Stadt Zürich
Sozialer, Arbeitervorkämpfer Zürich.

115

Das Wetter im Sommer 1916 schürte die bei den Produzenten latent vorhandene Angst vor einer schlechten Ernte und damit einer Verteuerung von Kartoffeln und Gemüse auch in Konsumentenkreisen. Unter der Führung von Rosa Bloch und Rosa Grimm kämpften Käuferinnen auf den Lebensmittelmärkten einiger Städte mit Selbsthilfemaßnahmen erfolgreich gegen «Wucherer» und für eine Senkung

116

der Preise. In der Forderung, dass «Wucherer» bekämpft und der Zwischenhandel eingeschränkt werden sollte, waren sich Produzenten und Konsumenten schon seit dem Sommer 1914 einig. Doch was genau «Wucherer» war und wodurch er sich von einer von allen als sinnvoll erachteten Vorratshaltung unterschied, war schwieriger zu bestimmen.

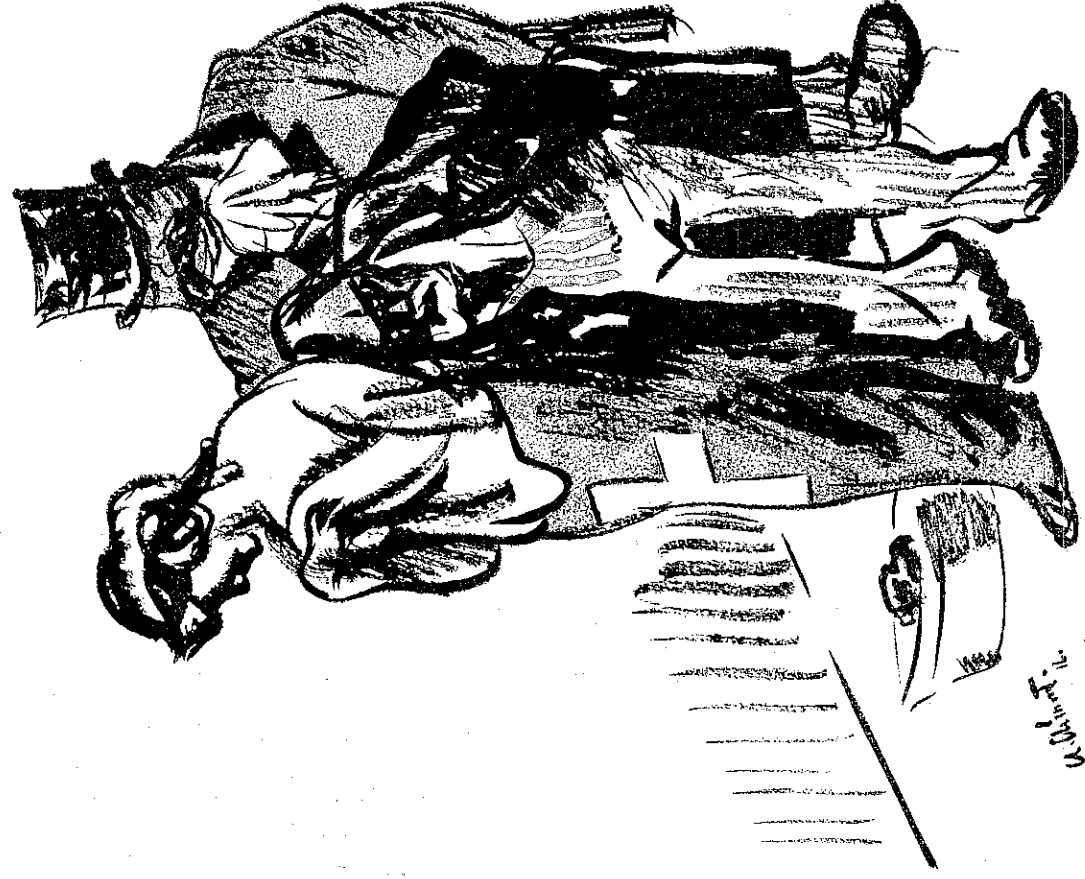
115

Auftrag zu einer Teuerungs-Protestversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Zürich. Im Juli 1916 setzten sich Frauen auf den Lebensmittelmärkten zahlreicher Städte erfolgreich dafür ein, dass Kartoffeln, Gemüse und Eier nur noch zu einheitlichen Preisen verkauft werden durften.

116

Auch innerhalb der Arbeiterbewegung gab es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die Ernährungsfrage am besten zu lösen wäre. Im Bild eine Mitteilung von Bernhard Jaeggi, Präsident der Verwaltungskommission des VSK vom Dezember 1916, dass er als SP-Nationalrat zurücktrete, weil er mit der «kleinlichen [n] Kritik und Oppositionslust» der Partei nicht mehr einverstanden sei.

179



LE DOCTEUR : C'est pas le cœur ; ... c'est l'estomac !

117

Im Juli 1916 ereigneten sich auf den Nahrungsmittelmärkten von Bern, Biel, Thun, Grenchen und Zürich Szenen, die als «Marktdemonstrationen» in die Geschichte eingingen. Käuferinnen protestierten gegen die steigenden Preise für Eier, Gemüse und Kartoffeln und griffen selber aktiv in das Verkaufsschehen ein. Die Demonstrantinnen zwangen die Verkäuferinnen, ihre Waren zu den von den Käuferinnen festgelegten Preisen zu verkaufen – oder ver-

kauften die Ware gleich selber zu den von ihnen als «gerecht» erklärten Preisen. Wenn sich Verkäuferinnen und Händler gegen diese Interventionen wehrten, kam es zuweilen zu Rempelen und Zusammenstößen. Dabei wurden Kartoffeln ausgeschüttet und Eier zerschlagen. Zudem wurden Käuferinnen, die bereit waren, die verlangten Preise zu zahlen, lautstark kritisiert.

180

Moser, Ernährung

Die Markt demonstrieren erzielten über die Einzel-
fälle hinaus eine Wirkung. So senkten verschiedene
Gemeinden den Höchstpreis für Kartoffeln oder
nahmen Frauen in kommunale Ernährungskommissio-
nen auf. Andere gingen dazu über, Kartoffeln und
Gemüse direkt bei den Produzenten einzukaufen und
dann selber an die Konsumentinnen zu verkaufen.
Mitte Juli setzte das Volkswirtschaftsdepartement
zudem erstmals Höchstpreise für Kartoffeln auf der
nationalen Ebene fest. Und im September wurde
eine Zentralstelle für die Kartoffelversorgung
geschaffen, die im Winter 1916 erstmals eine
Bestandsaufnahme der Kartoffelvorräte durchführte.
Initiiert und koordiniert wurden die Aktionen der
Konsumentinnen durch die lokalen Arbeiterinnenver-
eine. Prominente Sozialdemokratinnen wie Rosa
Bloch und Rosa Grimm stellten sicher, dass die auf
den ersten Blick spontan erfolgten Aktionen nicht
aus dem Einflussbereich der Führung der Arbeiter-

bewegung entschwanden. Dass die Aktionen schon
von den Zeitgenossen mit den sozialdemokratischen
Arbeiterinnenvereinen in Verbindung gebracht
wurden, zeigt sich auch daran, dass diese ihre Mit-
gliederzahl 1916 signifikant erhöhen konnten.
Aber nicht alle Marktdemonstrantinnen gehörten
zur Arbeiterbewegung. In Bern etwa engagierte
sich auch die in der bürgerlichen Frauenbewegung
aktive Julie Merz. Sie wollte mit der Gründung
von Hausfrauenvereinen Strukturen schaffen,
die direkte, geschäftsmässige Beziehungen zwi-
schen Produzentinnen und Konsumentinnen ermög-
lichen sollten – genau das, was die Bäuerinnen
im waadtändischen Moudon im Sommer 1918 mit
der Gründung der *Association des Productrices
de Moudon* ebenfalls versuchten.

Peter Moser

117

«Le docteur: C'est pas le coeur; ... c'est l'esto-
mac!» Anfang Juli 1916 griff auch die West-
schweizer Satirezeitschrift *L'Arbalète* die
zunehmenden Schwierigkeiten bei der Versor-
gung des Landes mit Nahrungsmitteln auf.

Mit der Fokussierung ihrer Opposition auf den Ernährungsbereich gelang es der Sozialdemokratie in den Sommer- und Herbstmonaten 1916, die Vertreter der Produzenten immer stärker in die Defensive zu drängen. Grimm erklärte die Bauern zur «Klasse, die durch den Krieg am meisten profitierte, die glänzenden Geschäfte machte und die Notlage rücksichtslos ausnützte».¹⁰ Während sich die freisinnigen Politiker diskret im Hintergrund halten konnten, mussten die Produzentenvertreter nun sowohl gegenüber der eigenen Basis als auch gegenüber den Konsumenten die unpopulären Massnahmen zur Preisstabilisierung legitimieren. Wie die Behörden, setzten auch sie immer noch darauf, ihre Ziele mit einer kontrollierten Preispolitik zu erreichen, ohne je explizit die Grundsatzfrage zu stellen, ob die Reduktion der bei Konsumenten und Produzenten symbolisch gleichermassen wichtigen Milchproduktion nicht das bessere Mittel wäre. Laur schlug im Januar in Fortführung der bisherigen Logik vor, mit einer Erhöhung des Milchpreises die Produzenten zu veranlassen, (noch) mehr betriebseigene Ressourcen in die durch den Rückgang der Futtermittelimporte gefährdete Milchproduktion zu investieren. «Wenn wir im Winter 1917/18 Milch wollen», schrieb er, «müssen die Tiere im Anfang des Jahres 1917 zum Stier geführt werden».¹¹ In den tagespolitischen Auseinandersetzungen waren produktionstechnische Argumente jedoch nicht gefragt. Populär waren vielmehr griffige Parolen, die sich zunehmend undifferenziert gegen «Agrarier», «Bauern» und «Wücherer» richteten. Laur wurde in der SP-Presse als «Herodes Nr. 2» bezeichnet, der mit seiner Milchpreispolitik eine Neuaufgabe des «Kindermordes in vergrösserter» Auflage verübe.¹²

Aus politischen Überlegungen machte Grimm konsequent «die Bauern», «die Wücherer» und «die Spekulanten» für den Mangel und die Teuerung verantwortlich, während Laur auf der Suche nach Verhandlungspartnern versuchte, zwischen den im Arbeitsekretariat, dem VSK und den bei den Grütlern aktiven Sozialdemokraten und den «Sozialanarchisten» zu unterscheiden. Letztere stellten seiner Einschätzung nach im Winter 1916/17 die Frage der «Lebensmittelpreise in den Mittelpunkt ihrer Bewegung», um so doch noch «die politische Herrschaft» zu erringen, die ihnen bisher wegen der fehlenden Unterstützung durch die Arbeiterschaft versagt geblieben sei.¹³

Obwohl lange nicht alle VSK-Mitglieder der SPS angehörten, war der Dachverband der Konsumvereine lange doch so etwas wie das Sprachrohr der Arbeiterschaft in Ernährungsfragen gewesen. Die Entfremdung zwischen der Parteiführung der SPS und dem VSK

wurde aber schon im ersten Kriegsjahr deutlich. So kritisierte der VSK etwa die grosse sozialdemokratische Kampagne gegen die Teuerung – an der auf dem Bundesplatz in Bern 1915 rund 10 000 Personen teilnahmen – mit dem Hinweis, dass die Preissteigerungen im Ernährungsbereich primär importiert und nicht hausgemacht seien, da ja Teigwaren und Reis, nicht Kartoffeln und Milch wesentlich teurer geworden seien. Als der Grütlverein im Frühling 1916 dann aus der SPS austrat, setzte Laur einige Hoffnungen darauf, dass die Arbeiterschaft in Ernährungsfragen künftig durch Repräsentanten vertreten werden würde, die auf eine Zusammenarbeit mit den Produzenten eingingen, obwohl sie vom Freisinn und den Konservativen politisch nach wie vor marginalisiert wurden. Doch der Erfolg der SPS bei den NR-Wahlen im Herbst 1917 machte bald deutlich, dass die Verhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung vielfältiger waren, als Laur sich das vorstellte. Mit der Gründung des *Oltener Aktionskomitees* im Februar 1918 setzte sich in der Folge Grimms «zentristische», in Laurs Wahrnehmung mehr «antiagrarisch» als «antikapitalistisch»¹⁴ ausgerichtete Linie auch innerhalb der offiziellen Gremien der SPS und des Gewerkschaftsbundes durch. Grimm und die SPS setzten im Ernährungsbereich vorderhand weiterhin auf die Strategie der «Problempromotion»¹⁵, während Behörden und Private, darunter auch Teile der Arbeiterbewegung, sich zunehmend der Förderung der Produktion im Inland zuwandten.

Massnahmen zum Ausbau der Nahrungsmittelproduktion 1916/17

Im Februar 1917 wurde die bisherige Handels- und Preispolitik zur Steuerung der Versorgung erstmals mit Zwangsmassnahmen im Produktionsbereich ergänzt. Die Landesregierung ermächtigte die Kantone und Gemeinden, bisher nicht landwirtschaftlich genutztes Land selber zu bebauen oder Dritten zur Bewirtschaftung zuzuweisen. Das führte beispielsweise dazu, dass der Fussballverband bis im Herbst 1917 85 Prozent seines Pachtlandes zur Nahrungsmittelproduktion hergeben musste.

Aufgrund der ausbleibenden Getreideimporte besonders dringend wurde der Anbau von Brotgetreide. Deshalb führte der Bund im Juli 1917 erstmals Anbauerhebungen durch und legte, darauf aufbauend, für die Wintersaat im Herbst 1917 einen obligatorischen Mehranbau auf der einzelbetrieblichen Ebene fest, der zu einer Steigerung der Brotgetreideproduktion um mehr als 60 Prozent hätte führen sollen. Gleichzeitig wurde ein eidgenössisches Brotamt mit



118

118
Lebensmittel blieben über das Kriegsende hinaus knapp. Im Bild die Ausgabe von Lebensmittelkarten an der Marktgasse in Bern im Februar 1919.



119

119
Lange nicht alle technischen Innovationen, die im Krieg zur Ausdehnung der Produktion ausprobiert wurden, setzten sich in der Nachkriegszeit in der Praxis durch. So auch der Moline Traktor nicht, den die Motorflugkommission 1918 versuchsweise zum Antrieb einer Getreidemähmaschine auf dem Waffenplatz Frauenfeld einsetzte.

Dorschläge

324

schweizerischen Bauernfretaritates für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion.

(Konferenz vom 1. Februar 1917.)

A. Allgemeine Ermahnungen.

1. Für die Erhöhung der Produktion pflanzlicher Nahrungs-
mittel kommt namentlich die Ausschöpfung der Anbaufläche und die
intensive Düngung und Pflege des Getreidebaus und insbesondere
des Anbaues von Karzoffeln, gelben Rüben, Kohlrüben, weißen
Külsen, Stangenbohnen, Zerkornen und Gemüse in Betracht.

2. Eine Steigerung der Produktion aniniedrigerer Nahrungs-
mittel kann vor allem durch eine genügende Gültigkeit von Kraft-
futtermitteln erreicht werden.

3. Um den Mäz- und Gemüsegarten ausdehnen zu können,
müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

a. Die Landwirte müssen das notwendige Erzeugnis zur Ver-
fügung haben;

b. es müssen die notwendigen menschlichen und tierischen Arbeits-
kräfte vorhanden sein;

c. es müssen den Landwirten die notwendigen Düngemittel zur
Verfügung stehen;

d. es muß für die genügende technische Beschäftigung gesorgt werden.
4. Das beste Mittel, um dafür zu sorgen, daß die vorerwähnten
Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Verneuerung der
Pflanzensprossung ausgenutzt werden, selbst des niedrigsteigigen
Sinterje der Sprossanten, welches in erster Linie durch ange-
messene Preise angeregt werden kann.

5. In Ergänzung dieses Mittels und soweit es in Aussicht auf
die Sommerzeiten nicht angewendet werden kann, soll versucht wer-
den, durch Beförderung und Aufmunterung die Leute zur Ausdeh-
nung der Pflanzensprossung anzuhalten.

Soweit dies noch möglich und zulässig ist, sollen die Schwächeren
in Frage stehen, können im Zusammenhang mit einer auch
für die Pflanzensprossung geeigneten Preispolitik Zwangsmaßnahmen
in Betracht kommen.

120

einer Inlandgetreidestelle zur Koordination des Mehr-
anbaus eingerichtet.

Verheissungsvoll fiel im Herbst 1917 die Kartoffel-
ernte aus. Diese war so gross, dass der Produzenten-
preis von 20 Franken auf 14 Franken und 50 Rappen
pro 100 Kilogramm sank. Das hatte aber gleichzeitig
zur Folge, dass viele Produzenten (unter ihnen auch
zahlreiche Arbeiter und Angestellte) Kartoffeln zu-
rückhielten, sie zur Milch- und Fleischproduktion an-
Tiere verfütterten oder nicht konzessionierten Händ-
lern verkauften, die in Erwartung einer im Winter
wieder steigenden Nachfrage höhere Preise bezahlten.
Enttäuschend fielen im Herbst 1917 hingegen die Ge-
treideerträge aus, weshalb die Behörden die gesamte
Ernte abzüglich der zur Aussaat benötigten Menge
beschlagnahmten. Im Oktober 1917 wurde die Brotra-
tionierung eingeführt.

Mit der Ausrichtung von finanziellen Beiträgen
an die Kosten, die durch Bodenverbesserungs-
massnahmen entstanden, versuchte der Bund im Winter
1917/18 die landwirtschaftliche Nutzfläche weiter aus-
zudehnen. Mitte Januar 1918 erliessen die Behörden
zudem Bestimmungen zum Mehranbau von Gemüse
und Hülsenfrüchten sowie zum Ausbau der städti-
schen Eigenproduktion. Kantone und Gemeinden

184

Moser, Ernährung

Vermehrte Lebensmittelproduktion im Gebirge

Zur Belehrung und Aufklärung der Bergbevölkerung

verfasst

von der Lehrerschaft der landw. Schule Plantahof

berausgegeben

im Einvernehmen mit dem Schweiz. alpwirtschaftl.
Verein vom Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement

in Bern.



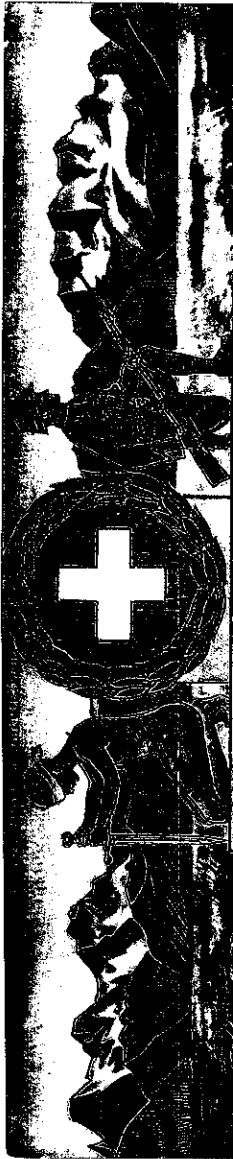
April 1918

hielten die Bundesbehörden nun an, «Zentralstellen
für die Vermehrung der landwirtschaftlichen Pro-
duktion» einzurichten. Im Januar 1918 rief das Volks-
wirtschaftsdepartement die anderen Departemente
auf, ihr verfügbares Land in den Dienst der Lebens-
mittelversorgung zu stellen. So wurden den Gemein-
den Waffenplätze zur Anpflanzung von Gemüse über-
lassen oder unter der Regie des 1917 geschaffenen
*Kommisariats für die Anpflanzung schweizerischer
Waffenplätze* mit Getreide angebaut. Die landwirt-
schaftlichen Zeitschriften waren voll von Aufrufen
und Ratschlägen an die bäuerliche Bevölkerung, wie
und wo mehr produziert werden könnte.

Zur Ausdehnung der Nahrungsmittelproduktion
brauchte es neben einer Vergrösserung der Anbau-
fläche vor allem Arbeitskräfte. Der Bundesrat erliess
im Herbst 1917 Weisungen zur Beschaffung der für
die «Anbauvermehrung notwendigen Arbeiter». Das

120

Ab 1916/17 vervielfachten sich die Aufrufe der
Behörden und der landwirtschaftlichen
Organisationen zur Ausdehnung der Lebens-
mittelproduktion.



RAZIONSKARTEN IM KRIEGE 1919

MILCH-FAKTS
 Milch ist ein wertvolles Nahrungsmittel, das für die Gesundheit und die Ernährung der Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Die Milchproduktion in der Schweiz ist durch die Kriegszeit stark beeinträchtigt worden, was zu einer erheblichen Verringerung der Milchverfügbarkeit führt. Um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, sind Rationierungskarten für Milch eingeführt worden. Diese Karten ermöglichen es den Konsumenten, eine bestimmte Menge Milch pro Person pro Woche zu erhalten. Die Rationierung erfolgt nach dem Alter und der Anzahl der Personen in der Familie. Es ist wichtig, diese Karten sorgfältig zu verwahren und sie rechtzeitig bei den zuständigen Stellen zu erneuern.

HOCHSTPREISE 1918/19
 Die folgenden Preise gelten für die Jahre 1918 und 1919. Diese Preise sind die Höchstpreise, die für die jeweiligen Waren festgelegt wurden. Die Preise sind in Schweizer Franken angegeben. Die Preise für Milch, Butter und Mehl sind im Vergleich zu den Preisen vor dem Krieg stark gestiegen. Dies ist ein Ergebnis der hohen Kosten für die Produktion und den Transport dieser Waren während der Kriegszeit. Die Rationierungskarten helfen, diese hohen Preise für die Verbraucher zu begrenzen und eine gewisse Stabilität in den Lebenshaltungskosten zu gewährleisten.

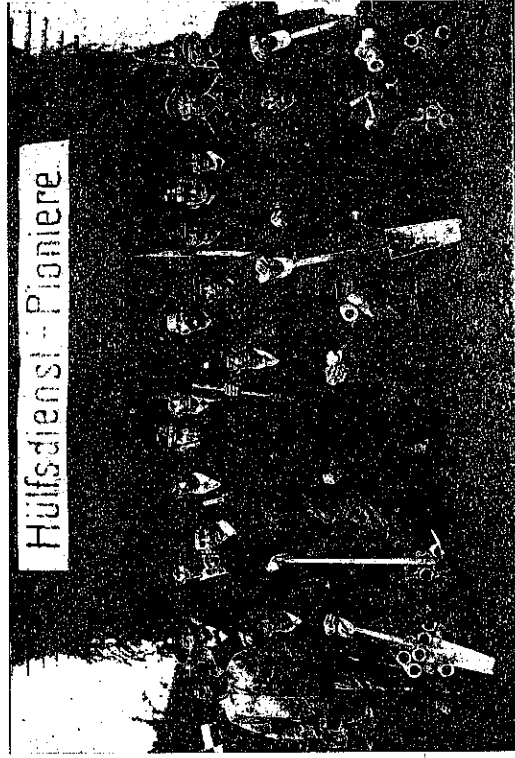
W **WÄRMER-GEHÄUSE**
 Ein hochwertiges Wärmegerät, das für die Heizung von Räumen geeignet ist. Es besteht aus einem robusten Gehäuse und einem effizienten Heizsystem. Die Installation ist einfach und die Wartung ist minimal. Dieses Gerät ist eine ideale Lösung für die Winterheizung in Haushalten und kleinen Gewerbebetrieben.

U **BEHELDER FÜR WASSER MIT 2 JAHREN**
 Ein praktischer Behälter für Wasser, der für den Einsatz in Haushalten und auf Campingplätzen geeignet ist. Er ist aus hochwertigem Material gefertigt und verfügt über einen sicheren Verschluss. Die Kapazität beträgt zwei Jahre, was eine ausreichende Menge Wasser für den täglichen Gebrauch sicherstellt. Die Handhabung ist einfach und das Design ist funktional und langlebig.

MILCH-FAKTS II
 Weitere Informationen zur Milchproduktion und zur Verwendung von Rationierungskarten. Die Milch ist ein wertvolles Nahrungsmittel, das für die Gesundheit und die Ernährung der Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Die Milchproduktion in der Schweiz ist durch die Kriegszeit stark beeinträchtigt worden, was zu einer erheblichen Verringerung der Milchverfügbarkeit führt. Um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, sind Rationierungskarten für Milch eingeführt worden. Diese Karten ermöglichen es den Konsumenten, eine bestimmte Menge Milch pro Person pro Woche zu erhalten. Die Rationierung erfolgt nach dem Alter und der Anzahl der Personen in der Familie. Es ist wichtig, diese Karten sorgfältig zu verwahren und sie rechtzeitig bei den zuständigen Stellen zu erneuern.

HOCHSTPREISE II
 Weitere Informationen zu den Höchstpreisen für verschiedene Waren. Die folgenden Preise gelten für die Jahre 1918 und 1919. Diese Preise sind die Höchstpreise, die für die jeweiligen Waren festgelegt wurden. Die Preise sind in Schweizer Franken angegeben. Die Preise für Milch, Butter und Mehl sind im Vergleich zu den Preisen vor dem Krieg stark gestiegen. Dies ist ein Ergebnis der hohen Kosten für die Produktion und den Transport dieser Waren während der Kriegszeit. Die Rationierungskarten helfen, diese hohen Preise für die Verbraucher zu begrenzen und eine gewisse Stabilität in den Lebenshaltungskosten zu gewährleisten.

121
 Rationierungskarten für Brot, Milch, Butter, Zucker und andere Produkte, deren Konsum im Verlauf des Kriegs eingeschränkt wurde. Erst spät begannen die Behörden mit der Rationierung von Lebensmitteln.



122

Zum Ausbau der Nahrungsmittelproduktion brauchte es nicht nur mehr Fläche, sondern auch zusätzliche Arbeitskräfte. Im Bild: Hilfsdienstpflichtige im Kanton Zürich 1918.

123

Das Esslokal des Kriegsfürsorgeamtes «Drei Rosen» in Basel. Mit sogenannten Volksküchen versuchten die Behörden eine minimale Lebensmittelversorgung für alle sicherzustellen.

122

Volkswirtschaftsdepartement arbeitete eine Zivildienstvorlage aus, mit der alle in der Schweiz wohnhaften Personen zwischen 14 und 60 Jahren zum Hilfsdienst hätten verpflichtet werden können. Doch die SPS und die Gewerkschaften, die anfänglich gar nicht konsultiert worden waren, wandten sich vehement dagegen, dass – wie die Berner Tagwacht schrieb – aus der «ganzen Schweiz ein Witzwil» gemacht werde.¹⁶

Die Ernährungsfrage im Oltener Aktionskomitee 1918

Als sich Ende Januar 1918 abzeichnete, dass der Zivildienst wegen dem Widerstand der Arbeiterschaft in der vorgesehenen Form nicht realisiert werden konnte, forderte die Arbeiterunion Zürich die SPS und den SGB auf, vom Bundesrat in einem mit einer «Landesstreikdrohung» verknüpften Ultimatum zu verlangen, anstelle der Einführung einer Zivildienstpflicht eine Demobilisierung durchzuführen, um so das auch «von der Arbeiterschaft als notwendig erachtete Ziel der Förderung der einheimischen Lebensmittelherzeugung zu erreichen».¹⁷ Der Bundesrat reagierte mit einem Truppenangebot – was die Spitze der Arbeiterbewegung als Versuch zur Schaffung einer mobilen Reservearmee zum Einsatz gegen die Arbeiterschaft interpretierte und zur Gründung des *Oltener Aktionskomitees* (OAK) am 4. Februar 1918 führte.

Dem OAK gehörten Vertreter der Geschäftsleitung und der Nationalratsfraktion der SPS, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der SP-Presse an. Wie die Arbeiterunion Zürich betonte auch das OAK, dass die organisierte Arbeiterschaft «keineswegs Gegner der Produktionsvermehrung» sei.¹⁸ Die Ernährungsfrage war anfänglich sogar das wichtigste Thema für das OAK, das im März ein Förderungsprogramm aufstellte, in dem nicht weniger als

9 der insgesamt 15 Punkte die Ernährung betrafen. Verlangt wurden unter anderem ein eidgenössisches Versorgungsamt mit einem Beirat, die Ausschaltung des Zwischenhandels, eine Festsetzung der Preise «entsprechend den Interessen der Konsumenten», die Übernahme der Kosten einer allfälligen Erhöhung des Milchpreises durch den Bund, ein Ausfuhrstopp für Frischmilch, die Beschlagnahme und den Ankauf der gesamten Kartoffelernte durch den Bund sowie ein komplettes Ausfuhrverbot für Obst und eine Verpflichtung der grösseren Gemeinden zur Durchführung von Massenspeisen. Diese Forderungen wurden dem Bundesrat als «sofort zu verwirklichende Massnahmen» übermittelt.¹⁹

Gleichzeitig erklärten die Milchverbände, dass die Milchmenge zurückgehen werde, wenn nicht mit einer Erhöhung des Milchpreises Anreize zum Ausbau der Milchproduktion (auf Kosten anderer Produkte) geschaffen würden.²⁰ Laur empfahl «im Hinblick auf die Gesamtlage und die drohende Arbeitslosigkeit in der Industrie» ein «doppelt sorgfältiges Abwägen der Verhältnisse» und schlug wie schon 1914 vor, dass der Bund die Kosten für die Minderbemittelten übernehmen sollte.²¹ Ähnlich argumentierte der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes Edmund Schulthess, der im Bundesrat aber unterlag. Auf die Ankündigung der Landesregierung, dass der Preis für Konsummilch per 1. Mai 1918 auf 40 Rappen erhöht werde, reagierte das OAK mit einem telegrafisch übermittelten Ultimatum, in dem ein allgemeiner Landesstreik angekündigt wurde, falls die Kosten zur Ankerbelung der Milchproduktion nicht durch den Staat übernommen würden.

Die Bestimmtheit, mit der das OAK reagierte, und die breite Zustimmung zu seiner inhaltlichen Forderung – selbst der Ausschuss der freisinnig-demokrati-

186

Moser, Ernährung

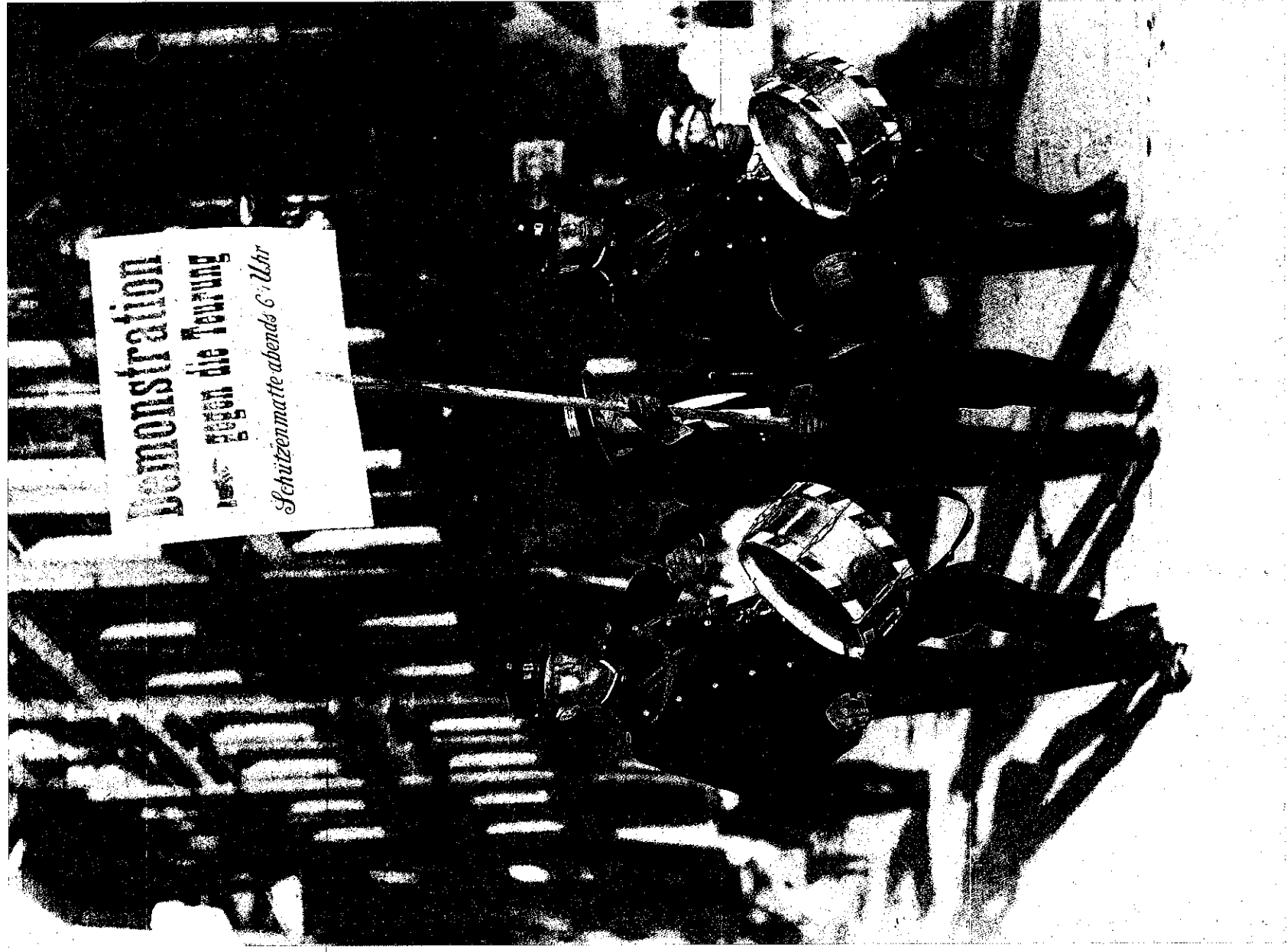


123

schon Partei verlangte, dass die Kosten durch den Bund zu tragen seien – veranlassten den Bundesrat, eine ausserordentliche Sitzung der Bundesversammlung einzuberufen. Dieser Prestigegewinn führte dazu, dass das OAK in der Öffentlichkeit nun als «eine mit Vollmachten ausgestattete Exekutive»²² der Arbeiterschaft wahrgenommen wurde. Die von Grimm schon seit dem Ausbruch des Kriegs verfolgte Strategie, die Ernährungsfrage als Hebel zur Schaffung einer breiten Koalition von Bundesangestellten, Gewerkschaften und der SPS zu benutzen, schlug sich zum ersten Mal in der Praxis nieder. Gleichzeitig kam das OAK aber unter Druck des linken Flügels der Arbeiterbewegung, der verlangte, mit einem Landesstreik künftig nicht mehr nur zu drohen, sondern diesen auch durchzuführen, wenn die gestellten Forderungen nicht erfüllt würden.

Der Kompromiss, den die Bundesversammlung in der Milchpreisfrage Mitte April beschloss, setzte das

OAK prompt einer inneren Zerreihsprobe aus. Die Mehrheit sprach sich gegen die Durchführung des androhten Streiks aus, vor allem auch aus Rücksicht auf die in der Ernährungsfrage für eine Zusammenarbeit mit den Produzenten und Behörden einstehenden Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Konfrontationsstrategie stiess in der Ernährungsfrage im Sommer 1918 an Grenzen, weil in diesem Bereich nun Alternativen sichtbar wurden: Der analytisch-strategisch versierte, «wirtschaftlich sehr real und positiv denkende»²³ Grimm zeigte sich nun offen für eine Zusammenarbeit mit Produzenten. Die am Ersten Allgemeinen Arbeiterkongress Ende Juli in Basel formulierten Forderungen im Ernährungsbereich waren sachlich begründet und konnten, wie Grimm betonte, «auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft verwirklicht werden».²⁴



124



Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern.

Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern. Die vier 15. Mai 1915 in Bern.

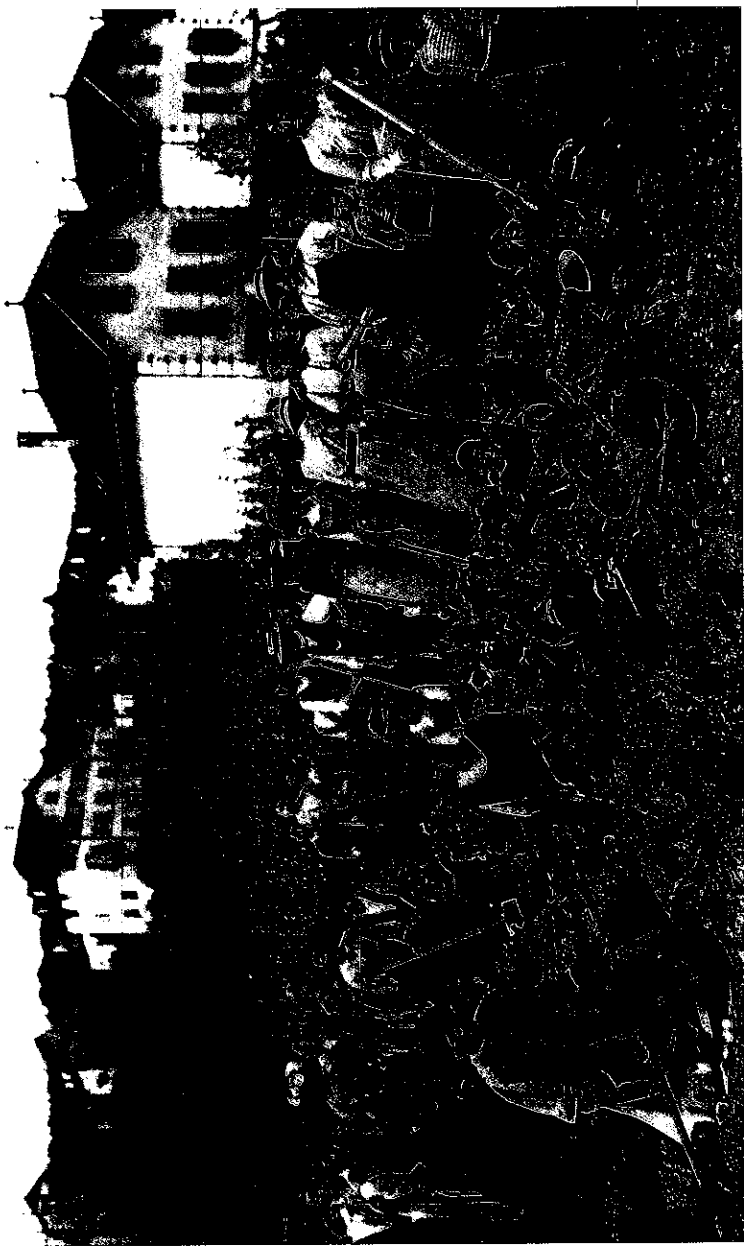
125

124

Aufruf zu einer Demonstration gegen die Teuerung am 15. Mai 1915 auf der Schützenmatte in Bern.

125

Karikatur aus dem «Nebelspalter» vom 17. Mai 1916 gegen die schon vor dem Krieg ungenügende (amtliche) Vorratshaltung. Die Empörung über die «Wucherer» war in den Kriegsjahren gross – obwohl kaum jemand genau wusste, wo die Vorratshaltung aufhörte und der Wucher begann.



126

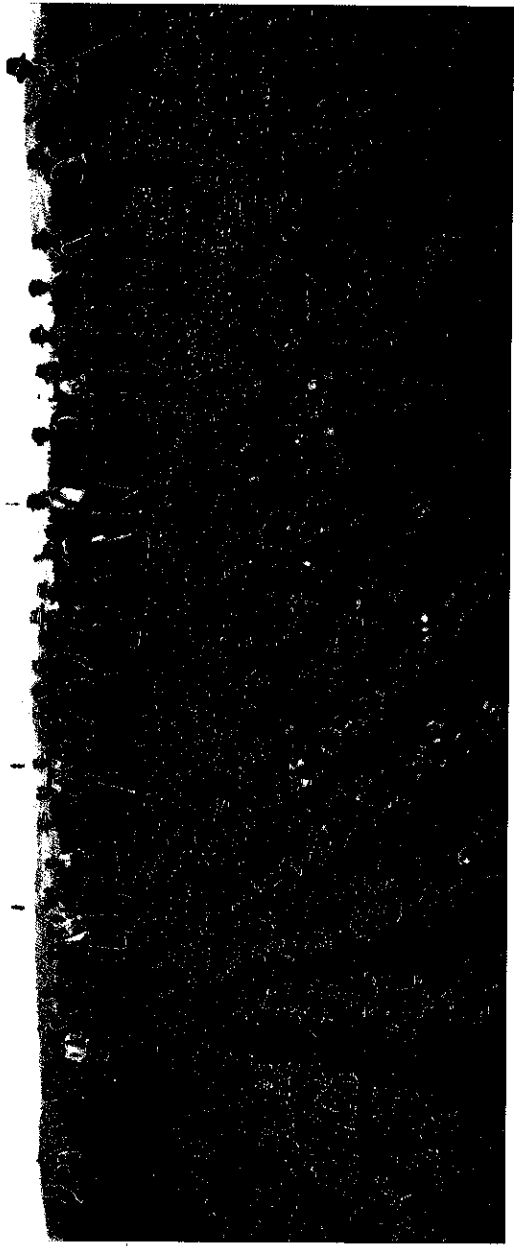
126
Gemüsebaukurs im Gartenbauverein Olten
1915.

127
Der Verband der Konsumvereine stieg
in der zweiten Hälfte des Kriegs selbst in
die Nahrungsmittelproduktion ein. Im Bild:
Angestellte auf dem VSK-Betrieb der
Schweizerischen Genossenschaft für Ge-
müsebau in Kerzers 1918.

128
Hans Keller, Direktor der Genossenschaft für
Gemüsebau und ein Pionier des Mehranbaus
im Ersten Weltkrieg, demonstrierte Offizieren
und Soldaten sogar während der Pausen im
Militärdienst den Nährwert unterschiedlicher
Kulturpflanzen.

190

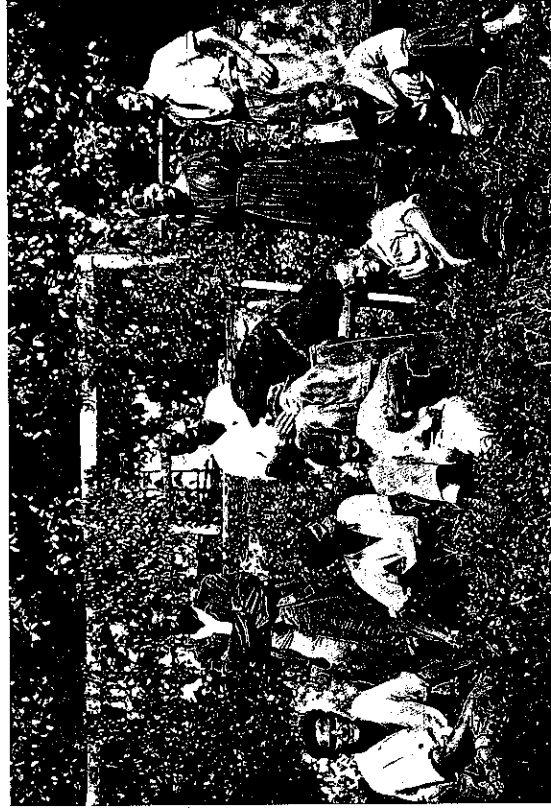
Moser, Ernährung



127



128



129

Ausbau der Nahrungsmittelproduktion und neue Formen der Kooperation von Produzenten und Konsumenten 1918

Dass die Ernährungsfrage und damit auch das Verhältnis von Produzenten und Konsumenten in unterschiedlichen Milieus zunehmend anders gedacht und praktiziert wurden, zeigte sich auch an der Reaktion des Bundesrats, der auf die am Arbeiterkongress erhobenen Forderungen einging. In direkten Verhandlungen stellte er dem OAK eine Neuordnung des Rationierungswesens sowie die Schaffung einer Kommission für Ernährungsfragen in Aussicht, in der die Arbeiterschaft angemessen vertreten sein sollte.

Die Konfrontationspolitik wurde im Ernährungsbereich im Sommer 1918 ganz offensichtlich von einer Verhandlungsbereitschaft abgelöst. Zahlreiche Akteure mit ganz unterschiedlichen politischen Überzeugungen durchliefen in dieser vitalen Frage «fundamentale Lernprozesse», die sie zur Einsicht führten, dass der Nahrungsmittelmangel zwar immer noch eine Frage von Verteilung und Kosten sei, aber eben auch eine Folge realer Mangelerscheinungen im Produktionsbereich, der nur durch die Konsumenten und die Produzenten gemeinsam, durch die Thematisierung der Produktion und ihrer Bedingungen, gelindert werden könne. Genau so, wie es verschiedene Akteure, unter ihnen auch Exponenten der Arbeiterbewegung, in der Praxis schon länger versuchten. Der im linksradikalen Milieu aktive Agronom und Kriegsdienstverweigerer Max Kleiber etwa war überzeugt, dass die «Industriellen» eine «viel vernünftigeren Agrarpolitik als die Sozialdemokratie» betreiben, weil sie «unter Mithilfe des städtischen Proletariats» die Nahrungsmittelproduktion auf eine erweiterte Grundlage gestellt hatten.²⁵

192

Moser, Ernährung

Konkret meinte Kleiber die in der *Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und Industrielle Landwirtschaft* (SVIL) zusammengeschlossenen Industriellen. Die SVIL war im Juli 1918 auf Anregung des Agronomen und Lehrers von Max Kleiber, Hans Bernhard, und dem aus dem Umfeld der Arbeiterbewegung stammenden Jacob Lorenz vom kantonalen Ernährungsamt in Zürich gegründet worden. Mit der «Vermehrung der Bodenkultur» wollte die SVIL nicht nur die neuen Pflichten des Bundes erfüllen, sondern auch vermeiden, dass Arbeiter, wie im Frühling und Sommer 1918 in Winterthur, aus Protest gegen die mangelhafte Ernährung streikten. Hans Bernhard argumentierte, die Ernährungsfrage als «Sache des ganzen Volkes» könne nicht länger einfach an die bürgerliche Bevölkerung delegiert werden, sondern müsse von denjenigen gelöst werden, die sie auch verursacht hätten – also der Industriegesellschaft. Neben dem Zusporn von linksradikaler Seite erfuhr die Tätigkeit der SVIL auch Unterstützung vom VSK, der mit der Gründung der *Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau* (SGG) im Herbst 1918 begann, in genossenschaftlicher Form im grossen Stil Gemüse anzubauen. In vielen Fällen geschah das auf bisher brach liegenden Flächen, die von der SVIL urbanisiert worden waren. Begrüsst wurde dieser Ausbau auch in landwirtschaftlichen Kreisen. Für den Getreidezüchter Gustave Martinet beispielsweise stellte «cette collaboration active des non agriculteurs à la production alimentaire nationale [...] un des plus belles œuvres sociales de ces temps difficiles» dar.²⁶

Im Sommer 1918 begannen genossenschaftlich organisierte Produzentinnen die konfrontativen Beziehungen zwischen Produzentinnen und Konsumentinnen in Frage zu stellen. Die im Juli 1918 von Bäuerinnen

Statuts

de

L'Association

des

Paysannes

ARTICLE PREMIER. - En communauté d'intérêts avec le but poursuivi par la Société Vaudoise d'Agriculture, il est constitué à Moudon et environs, sous la dénomination d'**Association des Paysannes**, une Société groupant les intérêts féminins.

Art. 2. - Le but de l'association est le suivant:

- 1° Lutte contre l'entrepreneur;
- 2° Établissement de prix uniformes entre vendeuses sur le marché;
- 3° Rapprochement entre le producteur et le consommateur pour la protection de la culture et des produits indigènes;
- 4° Étude de débouchés nouveaux, contrats avec fabricants, vente en gros;
- 5° Achat en bloc des semences polaires;
- 6° Création, dans les villages, de groupements semblables, à l'effet d'amener sur les marchés urbains une plus grande quantité de légumes actuellement inutilisés pour l'alimentation générale;
- 7° Examen de toute question ou événement touchant le développement de la femme de la campagne: écoles ménagères, cours divers, conférences, organisation plus systématique des cultures.

Art. 3. - L'association a son siège à Moudon; sa durée est illimitée.

Art. 4. - Peut faire partie de l'association toute personne qui en fait la demande verbalement ou par écrit à l'un ou l'autre des membres du comité.

Art. 5. - Les sociétaires donnent leur adhésion aux présents statuts; ils s'engagent, dans la mesure du possible, à l'apport intégral de leur production d'ovins en même temps que d'une marchandise facile, propre et de première qualité.

Art. 6. - La société est administrée par un comité de sept membres et deux suppléants; il est nommé pour deux ans par l'assemblée générale. Les membres sont immédiatement rééligibles.

Art. 7. - Les signatures de la présidente et de la caissière engagent la société; mais tous les membres sont solidaires financièrement.

Art. 8. - La présidente-correspondante est chargée de toute la correspondance officielle, tandis que la caissière assume la charge de secrétaire pour tout ce qui a trait aux comptes, aux renseignements à donner aux clients, etc.

Art. 9. - Il sera attribué à la secrétaire-caissière un traitement annuel calculé sur le chiffre d'affaires. Le pour cent de cette gratification sera établi par le comité dans la dernière séance de l'année qui précédera l'assemblée générale.

Art. 10. - L'association n'a pas un but de lucre; elle profitera pour ses frais généraux, d'expédition et de bureau le 5 % sur les achats faits en dehors de l'association. Il ne sera fait aucun prélèvement sur les denrées fournies par les sociétaires.

Art. 11. - Les fonds nécessaires à l'organisation sont souscrits au moyen de parts de 10 francs. Ces parts toucheront, pour autant que le résultat de l'exercice le permettra, un intérêt qui sera fixé par l'assemblée générale ordinaire et qui ne pourra excéder le 10 %.

Ces parts sont nominatives, héréditaires, transmissibles avec la qualité de sociétaire en cas de démission, moyennant avis à la présidente du comité.

Art. 12. - Pour encourager les sociétaires à un plus grand apport de denrées, une répartition sera allouée chaque année, pour les œufs sur la base du nombre de douzaines; pour les légumes ou fruits sur le nombre de kilos. Cette répartition sera fixée par l'assemblée générale.

Art. 13. - Une part des bénéfices dont la somme sera fixée par l'assemblée générale constituera un fonds de réserve déposé dans une banque, lequel permettra de faire tel ou tel emprunt nécessaire par les caissières, soit location ou aménagement d'un local de vente et d'expédition, payement d'une garantie, etc.

Art. 14. - L'assemblée générale se compose de tous les sociétaires. Elle est convoquée une fois par année pour entendre le rapport du comité, et chaque fois qu'une décision importante doit être prise, et sur le désir d'un dixième des membres inscrits.

Art. 15. - En cas de dissolution de la société, le produit net de la réalisation de l'actif social sera affecté au remboursement des parts. Le solde, s'il existe, sera remis à une société poursuivant un but semblable ou à une école ménagère approuvée.

Art. 16. - La société sera inscrite au Registre du Commerce.

129-130

Statuten der APM und Mitglieder der

Siedlerkolonie Herrliberg 1919 (stehend,

erster von rechts: der Agronom und Kriegs-

dienstverweigerer Max Kleiber). Sowohl

die Bäuerinnen von Moudon als auch die

linksradikalsten Siedler in der Kolonie Herrli-

berg strebten einen Ausbau der Nahrungs-

mittelproduktion und ein neues Verhältnis

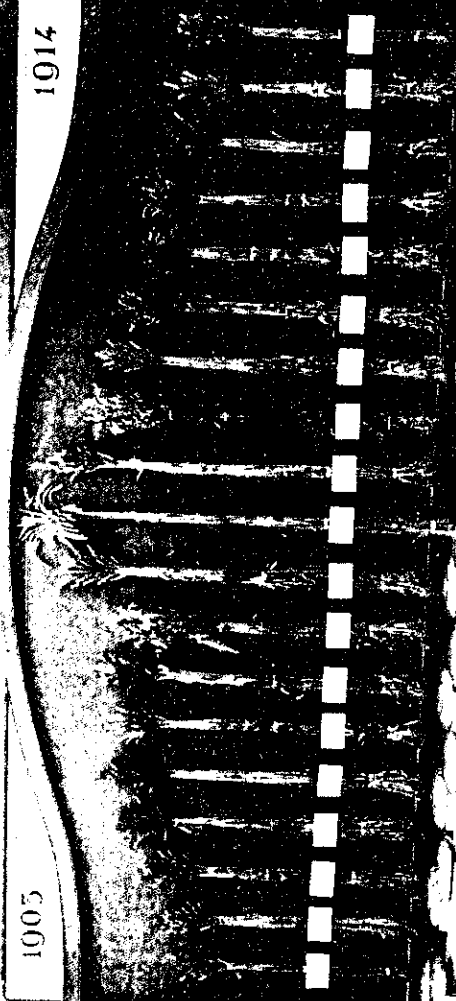
von Produzenten und Konsumenten an.

Multiplicateur des
sélections de blés sélectionnés
1912 à 1914

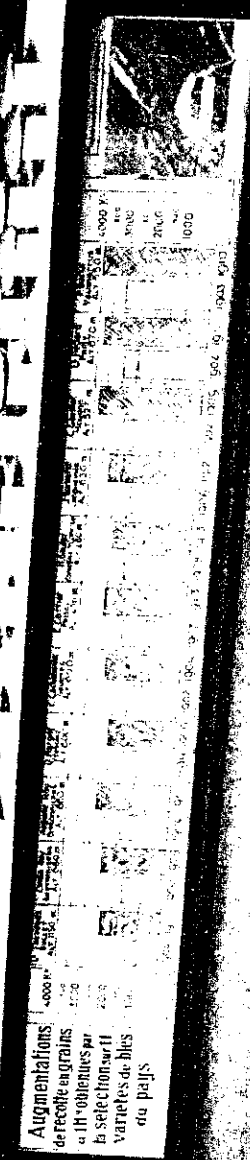
ASSOCIATION SUISSE DES SÉLECTIONNEURS

1905

1914



Augmentations
de récolte en grains
à l'hectare par
la sélection sur 11
variétés de blés
du pays



131

gegründete *Association des Productrices de Moudon* (APM) etwa versuchte die Produktion, die Distribution und den Konsum von Nahrungsmitteln neu und engmaschiger zu verflechten, um die Produzentinnen und Konsumentinnen unter weitgehender Ausschaltung des Zwischenhandels einander auch sozial näherzubringen. Die APM verstand ihre Praxis auch als zukunftsfähiges Modell einer neuartigen Organisation der Produktion und Konsumation von Nahrungsmitteln, wie die Bäuerin Augusta Gillibert-Randin 1919 schrieb: «Œuvre née de la guerre, elle est peut-être appelée à lui survivre, car si la grande tuerie a pris fin, l'ère est venue des reconstructions et des restaurations de tous genres.»³⁷

Wie stark das Modell der Bäuerinnen von Moudon die auch 1918 noch dominierende Wahrnehmung von Produktion und Konsum als einem von unterschiedlichen Interessen geleiteten Gegensatz irritierte, zeigt sich nur schon daran, dass die APM – vor dem Hintergrund der russischen Revolution – als «Soviet de productrices» (miss)verstanden wurde. Dabei entsprach der Vorschlag der Bäuerinnen in etwa dem, was Dora Staudinger am Frauenkongress 1921 dann als «Genossenschaftssozialismus» bezeichnete, in welchem «der Gegensatz zwischen den Wirtschaftsparteien, zwischen

194

Moser, Ernährung

Konsum und Produzent wie zwischen Arbeitgeber und -nehmer überbrückt» werden sollte.³⁸

Die SVIL, der VSK, die APM, die SGG, die Behörden sowie die landwirtschaftlichen Produzentenverbände bis hin zur «kommunistischen Produktionsgenossenschaft» der Linkstradikalen waren nicht nur auf der thematischen Ebene, sondern auch in personeller Hinsicht eng miteinander verflochten. So gehörte beispielsweise Fritz Mangold, der Basler Regierungsrat und spätere Vorsteher des Fürsorgeamtes in Bern, dem Vorstand der SVIL und dem Verwaltungsrat der SGG ebenso an wie Gustave Martinet, der Getreidezüchter und Direktor der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Mont-Calme, der ebenso in vielen bäuerlichen Organisationen aktiv war. Als Redaktor räumte Martinet Augusta Gillibert-Randin zur Bekanntmachung ihrer Ideen Platz in der Zeitschrift «La Terre Vaudoise» ein. Jacob Lorenz, der wissenschaftliche Adjunkt der Direktion des Lebensmittelvereins Zürich gewählt und gab mit Robert Grimm 1915/16 die Zeitschrift «Neues Leben» heraus, in der Grimm unter anderem über die kommunale Milchversorgung publizierte. Ab 1918 war Lorenz Vorstandsmitglied und Aktuar der SVIL, wo Hans Bernhard, ein Schütler-Laurs, als treibende Kraft

erficles ensemeñees
bles selectionnes
1911 a 1914



131

Schon vor dem Krieg wurde mit der Systematisierung der Getreidezucht begonnen. Im Bild der Stand der 1909 von Bauern und Wissenschaftlern gegründeten «Association Suisse des Sélectionneurs» an der Landesausstellung 1914 in Bern.

wirkte. Mit Léon Müller hatte der VSK bereits 1916 einen Schüler Laurs zum Leiter der Abteilung Landwirtschaft gewählt. Und der Agronom Hans Keller, der erste Direktor der vom VSK getragenen Genossenschaft für Gemüsebau, war bis in den Sommer 1918 Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule Rütli, in deren Namen er in der bäuerlichen Presse schon 1917 Anleitungen zur «Höchstproduktion von Nahrungsmitteln» publiziert hatte.²⁹

Innerhalb des OAK wurden die Bestrebungen zur Neuorganisation des Verhältnisses von Konsum und Produktion interessiert zur Kenntnis genommen und zunehmend aktiv unterstützt. Fritz Plattens Antrag, die Mitarbeit im Beirat des Ernährungsamtes zu verweigern, wurde ebenso abgelehnt wie August Hugglers Skepsis gegenüber den SVIL-Tätigkeiten. Man dürfe sich diesen Aktivitäten gegenüber «nicht passiv verhalten», argumentierte Grimm jetzt. Soweit brachliegenden des Land von den Bauern nicht selber bewirtschaftet werden könne, müsse «für die Bereitstellung von Arbeitskräften gesorgt werden», weil die «Bewirtschaftung von melioriertem Land» im Grosse n erfolgen müsse. Es müsse der «Grundsatz gelten, dass jeder, der sich nicht über eine gesellschaftlich notwendige Arbeit ausweisen» könne, zur Arbeit herangezogen werden

könne.³⁰ An dieser Grundhaltung in der Ernährungsfrage änderte sich bis zur Ausrufung des Landesstreiks nichts mehr. Die Frage der Nahrungsmittelversorgung war im November 1918 zwar nicht gelöst, aber sie bot kaum mehr Sprengkraft, wie die unter Punkt sechs formulierte Anregung illustriert: Die «neue Regierung» im Ernährungsbereich solle eine «Sicherung der Lebensmittelversorgung» im «Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten» realisieren.

Die Ernährungsfrage war nicht der einzige Bereich, wo sich schon während des Kriegs ein gemeinsames Interesse von Produzenten und Konsumenten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Industrie, Landwirtschaft und Behörden herausbildete: Praktisch alle waren mittlerweile an einer «empirischen Objektivierung»³¹ der Auseinandersetzungen um Löhne und Preise der Nahrungsmittel interessiert. Die unterschiedlichen Vorstellungen über deren Höhe wurden mit einer wichtigen Neuerung nicht obsolet, aber verhandelbar: Die schon vor dem Krieg gemachten Erfindungen des «Reallohnes», des «landwirtschaftlichen Einkommens» und des «Ertragswertes» wurden nun miteinander in Beziehung gesetzt. Eine zentrale Voraussetzung zur Führung dieser Diskussionen waren die Daten, die das Arbeitersekretariat seit 1908 und – in einem volumemässig ungleich grösseren Umfang – das Bauernsekretariat seit der Jahrhundertwende auf der Grundlage von Hunderten von Betriebsbuchhaltungen in aggregierter Form in die politischen Diskussionen einbrachten. Dass die Diskussionen um die Nahrungsmittelpreise sowohl einen wesentlichen Beitrag zur Radikalisierung der innenpolitischen Auseinandersetzung als auch zu deren teilweisen Objektivierung und Entschärfung leisteten, zeigt, dass die Ernährung für die Menschen nicht nur im Alltag von unmittelbarer Wichtigkeit war, sondern auch ein Potenzial zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltenete, das weit über den Ernährungsbereich hinaus wirkmächtig wurde.

Der Krieg als «Lehrmeister»

Unter der Verteuerung und Verknappung der Lebensmittel litt in den Kriegsjahren in erster Linie die städtische Industriearbeiterschaft, aber auch Teile der Bauernfamilien, die keine Möglichkeiten zum Anbau von Gemüse oder Kartoffeln hatten, waren betroffen. Das gilt selbst für viele in der Nahrungsmittelproduktion tätige Menschen auf dem Land, die seit der Globalisierung der Agrarproduktion im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einen grossen Teil ihrer Nahrungsmittel kauften. Weil die Löhne der allgemeinen

Bekanntmachung

des

Lebensmittelamtes

Milchabgabe

am Donnerstag den 14. November 1918

Die gegenwärtige Zufuhr ermöglicht es, heute Donnerstag

an die gesamte Bevölkerung

Milch ins Haus zuführen zu lassen. Es kann an jede bezugsberechtigte Person (bei Gewerbetreibenden nur an deren Haushaltsmitglieder)

höchstens $\frac{3}{4}$ der bisherigen Tagesration

abgegeben werden.

Die Abgabe erfolgt nach den Vorschriften der eidgenössischen Rationierung.

Die städtische Interims-Milchkarte hat heute sowohl für Frischmilch- als auch für Kondensmilch-Bezüge keine Gültigkeit.

Veränderungen in der Art und Weise der Milchabgabe werden jeweils speziell mittels Anschlag und mittelst **Publikation** in der Tagespresse bekannt gemacht.

Zürich, den 14. November 1918.

Die Direktion des städtischen Lebensmittelamtes.

Bekanntmachungsbüro Zürich

Der Aufruf zum unbefristeten Landesstreik im November 1918 umfasste neun konkrete Forderungen, von denen eine auch die Ernährungsfrage betraf. Diese war jedoch mehr in der Form einer allgemeinen Anregung als einer ultimativen Forderung formuliert, verlangten die Streikenden von der «neuen Regierung» im Ernährungsbereich doch lediglich eine «Sicherung der Lebensmittelversorgung» im «Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten». ³² Die Kooperationsbereitschaft, mit der die Ernährungsfrage von den Initianten des Landesstreiks thematisiert wurde, steht in einem eklatanten Gegensatz zur Heftigkeit, mit der über das Thema seit Kriegsbeginn, vor allem aber seit dem Herbst 1916 und – zugespitzt – im Frühling 1918 in den innenpolitischen Auseinandersetzungen gestritten wurde. Eine unmittelbare Verbesserung der Versorgungslage kann nicht der Grund für diesen Perspektivwechsel der Führung der Arbeiterschaft in der Ernährungsfrage gewesen sein, verschlechterte sich die Versorgungslage im Sommer 1918 doch eher noch. Entscheidend war, dass die vielfältigen, von Links-

radikalen, Industriellen, Bäuerinnen, Agronomen und organisierten Konsumenten getragenen Versuche zur Neuordnung der Verhältnisse auch bei wichtigen Akteuren des Örtlicher Aktionskomitees «fundamentale Lernprozesse» ³³ auslösten und dazu führten, dass die Formulierung ultimativer Forderungen an die Produzenten um eine Kooperationsstrategie ergänzt wurde, die im Herbst 1918 in Ernährungsfragen innerhalb der Arbeiterbewegung zunehmend die Oberhand gewann. Die im Landesstreik gipfelnde Polarisierung der innenpolitischen Gegensätze verdeckte nicht nur die Tatsache, dass sich schon seit einiger Zeit ein parteiübergreifendes Interesse an einer empirischen Objektivierung der Lohn- und Preisentwicklung herausbildete, sondern auch, dass im Ernährungsbereich bereits im Vorfeld des Landesstreiks ein konkretes Experimentierfeld für aushandelbare Kooperationsstrategien und damit eine partielle Integration der Arbeiterschaft vorlag.

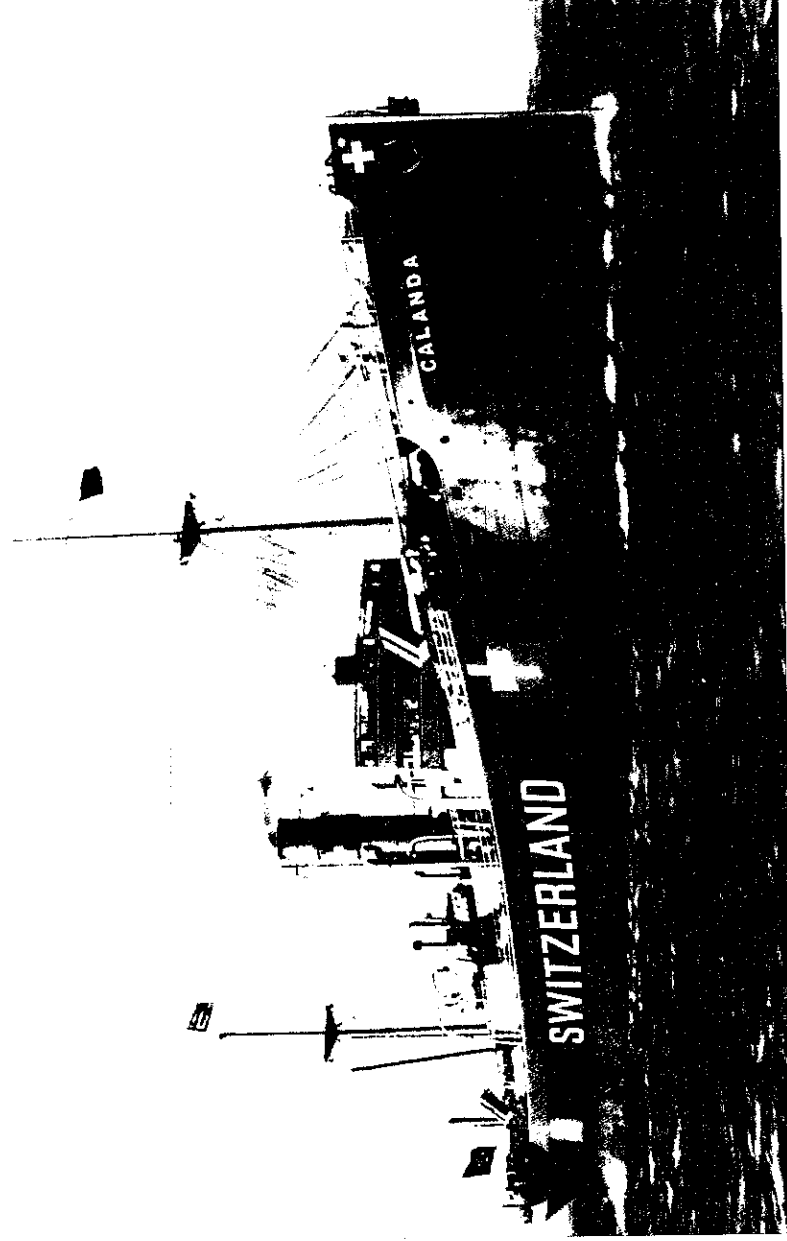
Peter Moser

¹³²

Milchabgabe durch das städtische Lebensmittelamt im November 1918 in Zürich. Die mangelhafte Trinkmilchversorgung wurde von der Linken immer wieder kritisiert und wurde in den Kriegsjahren zu einem Symbol für die schlechter werdende Nahrungsmittelversorgung.

Teuerung nachhinkten, kam es zu einer eigentlichen Verarmung von grossen Teilen der Arbeiterschaft. Viele Arbeiterfamilien benötigten erstmals wieder mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen zum Kauf von Lebensmitteln. Die Industriearbeiterschaft verlor im Krieg einen wesentlichen Teil der Reallohnzunahmen, die sie in den drei Jahrzehnten zuvor hatte realisieren können. Gerade umgekehrt verlief die Entwicklung bei den landwirtschaftlichen Einkommen. Diese variierten zwar stark, stiegen aber in der zweiten Kriegshälfte überproportional an, obwohl die Agrarpreise unter den Weltmarktpreisen gehalten wurden. Einzelne Grossbetriebe machten glänzende Geschäfte, viele von ihnen allerdings schon 1921 wieder Verluste.

Die Vermeidung solcher Extreme war eines der Ziele, die in der Nachkriegszeit im ernährungs- und agrarpolitischen Bereich angestrebt wurden. Eine Rückkehr zur Spezialisierung, wie sie vor dem Krieg propagiert und praktiziert worden war, kam für die Gesellschaft nicht mehr in Frage. Das von Bundesrat Edmund Schulthess 1915 formulierte Diktum, wonach das Prinzip der Spezialisierung in Handel, Industrie und Gewerbe richtig, im Bereich der Landwirtschaft hingegen *nicht* richtig sei, wurde 1918 nicht mehr in Zweifel gezogen.³⁴ Der Krieg erwies sich insofern als «Lehrmeister», als die Agrarproduktion aus ihrer einseitigen Weltmarktorientierung herausgelöst und in dem Sinne flexibilisiert wurde, dass der Ackerbau im



Krisenfall kurzfristig ausgebaut werden konnte. Die Folge des Kriegs war deshalb nicht eine Verbäuerlichung der Gesellschaft, sondern die Vergesellschaftung der Landwirtschaft.

Wollte Ernst Laur vor dem Krieg aus *dem* Bauer noch einen Landwirt machen, so wurden *die* Bauern im 20. Jahrhundert in eine besondere «Kategorie von Arbeitern im öffentlichen Dienst» verwandelt,³⁵ die auf der – nun nicht mehr als «Staatsdomäne», sondern als «Bundeshof» konzipierten – landwirtschaftlichen Nutzfläche primär Nahrungsmittel für die inländische Bevölkerung produzierten. Die Regulierung des Agrarsektors im Sinn eines *Service public* integrierte die Landwirtschaft in die Industriegesellschaft und setzte sie zugleich einem innerlandwirtschaftlichen Verdrängungskampf aus, sodass die bäuerliche Bevölkerung zu einer kleinen Minderheit schrumpfte, welche die Gesamtbevölkerung am Ende des 20. Jahrhunderts etwa im gleichen Verhältnis ernähren konnte wie während des Ersten Weltkriegs.

Trotz der Förderung des Getreideanbaus im Inland wurde auch nach dem Krieg weiterhin viel Getreide eingeführt. Im Bild die «Calanda», eines der ersten Schiffe, die im Zweiten Weltkrieg unter Schweizer Flagge Getreide über den Ozean transportierten.

- 1 Dieser Beitrag basiert v. a. auf den Aufsätzen Auderset, Moser, Lehrmeister, sowie Moser, Kein umstrittenes Thema mehr?
- 2 Jost, Sozialwissenschaften, 60.
- 3 Moos, Lehren, 8.
- 4 Brief von Ernst Laur an den General vom 12. 8. 1914. In: Archivbestand SBV (AfA Nr. 110, Teil I), Dossier 161-23-01.
- 5 Wirtschaftlicher Mobilisationsplan von Ernst Laur vom 10. 8. 1914. In: Archivbestand SBV (AfA Nr. 110, Teil I), Dossier 161.23-01.
- 6 Berner Tagwacht, 20. 8. 1914.
- 7 Zit. nach Gautschi, Dokumente, 27f.
- 8 Zit. nach Gautschi, Dokumente, 28-31.
- 9 Scheurmann, Milchversorgung, 8.
- 10 Berner Tagwacht, 3. 8. 1916.
- 11 Schweizerische Bauernzeitung, Januar 1917.
- 12 Zit. nach Schweizerische Bauernzeitung, April 1917.
- 13 Schweizerische Bauernzeitung, Mai 1917.
- 14 Schweizerische Bauernzeitung, Mai 1917.
- 15 Eisner, Strukturen, 23-45.
- 16 Gautschi, Landesstreik, 87.
- 17 Gautschi, Landesstreik, 88f.
- 18 Gautschi, Landesstreik, 90.
- 19 Gautschi, Landesstreik, 191.
- 20 Schweizerische Bauernzeitung, März 1918.
- 21 Schweizerische Bauernzeitung, März 1918.
- 22 Gautschi, Landesstreik, 115.
- 23 Zit. nach Gautschi, Landesstreik, 87.
- 24 Gautschi, Landesstreik, 136.
- 25 Zit. nach: Auderset, Moser, Lehrmeister, 142.
- 26 La Terre Vaudoise, 20. 7. 1918.
- 27 La Terre Vaudoise, 22. 3. 1919.
- 28 Staudinger, Genossenschaftsbewegung, 85.
- 29 Keller, Höchstproduktion.
- 30 Zit. nach Gautschi, Landesstreik, 150.
- 31 Tanner, Industrialisierung, 243.
- 32 Zit. nach Gautschi, Landesstreik, 281.
- 33 Stegenthaler, Regelvertrauen, 16f.
- 34 Baumann, Bauernstand, 297.
- 35 Mooser, Verschwinden, 27.